

Klinik-Streichliste der Kassen stößt auf scharfe Kritik

Krankenhausplanung NRW: Kassen fordern die Schließung jeder sechsten Klinik in Westfalen-Lippe – Gutachten des Kieler Experten Professor Dr. Fritz Beske zur Krankenhausplanung – Gesundheitsministerin Birgit Fischer geht auf Distanz

von Horst Schumacher und Jürgen Brenn

In Nordrhein-Westfalen ist ein heftiger Streit um die Krankenhausplanung entbrannt. Auslöser ist die Forderung der Krankenkassen, 38 Kliniken und 70 Fachabteilungen in Westfalen-Lippe zu schließen. Die Verbände der Krankenkassen in Westfalen-Lippe begründen ihre weitreichenden Kürzungspläne mit einem Gutachten des Kieler Instituts für Gesundheits-System-Forschung (IGSF). Danach gibt es allein im westfälischen Landesteil 7.000 Planbetten zu viel. Jede sechste Klinik dort ist nach Auffassung der Gutachter überflüssig. Der Direktor des IGSF, Professor Dr. Fritz Beske, stellte seine Studie im Januar in Dortmund der Öffentlichkeit vor – einschließlich der Listen mit den zur Schließung vorgeschlagenen Krankenhäusern und Abteilungen.

Patienten und Beschäftigte unnötig verunsichert

Ärzteschaft und Klinikträger, Landesregierung und Landtagsopposition reagierten mit teils harter Kritik auf das Vorgehen der Kassen. Der Hauptvorwurf: Klinikbeschäftigte und Patienten werden durch die voreilige Veröffentlichung der Streichliste verunsichert. Die Expertise soll den westfälischen Kassenverbänden nach Angaben des Westfälischen Ärzteblattes (Ausgabe Mai 2000, Seite 12) 2,8 Millionen DM wert sein. Der Pressesprecher der AOK Westfalen-Lippe, Karl-Josef Steden, sagte allerdings

gegenüber dem Rheinischen Ärzteblatt, dass die Kosten „weit darunter“ liegen. Die Abrechnung sei noch nicht erfolgt.

Prompte Reaktion der Ärztekammern

Die Ärztekammern Nordrhein und Westfalen-Lippe reagierten prompt auf die Kassenpläne: Schwere Einbrüche in der gesundheitlichen Versorgung seien zu befürchten, wenn die radikalen Schließungspläne Wirklichkeit werden. „Ich kann mir kaum vorstellen, dass nach einem solchen Kahlschlag der ländliche Raum noch anständig versorgt wäre“, sagte Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Ärztekammer Nordrhein und der Bundesärztekammer. „Konnten die NRW-Bürger bisher sicher davon ausgehen, bei einer ernsthaften Erkrankung schnell, qualifiziert und wohnortnah versorgt zu werden, stellen die Kassen das nun massiv in Frage“, warnte der Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, Dr. Ingo Flenker.



Der Kieler Gesundheitssystemforscher Professor Dr. Fritz Beske erstellte das Gutachten für die Krankenkassenverbände, nach dem 38 Kliniken und 70 Fachabteilungen in Westfalen-Lippe geschlossen werden sollen. Foto: bre

Die Ärztekammerpräsidenten sehen auch Tausende von Arbeitsplätzen in den Kliniken in Gefahr. Hoppe und Flenker appellierten an Landesgesundheitsministerin Birgit Fischer, die Kassenpläne nicht Wirklichkeit werden zu lassen. Schließlich sei letztlich das Land verantwortlich für eine flächendeckende und qualitativ hochstehende Krankenhausversorgung.

Praxisstudie stellt keine stationäre Überversorgung fest

Hoppe wies darauf hin, dass ein im Auftrag der NRW-Ärztekammern und der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KG-NW) erstelltes Gutachten gegen eine stationäre Überversorgung in NRW spricht. Die Gutachter der renommierten Institute I+G Gesundheitsforschung (München) und BASYS Beratungsgesellschaft für angewandte Systemforschung (Augsburg) fanden „auch auf regionaler Ebene keine Hinweise auf nicht bedarfsnotwendige Krankenhaushäufigkeiten“. Sie stellten fest, dass die NRW-Bevölkerung um 8,6 Prozent häufiger von Krankheiten betroffen ist als der Durchschnitt der übrigen alten Bundesländer, die Kliniken hierzu-lande aber mit einer unterdurchschnittlichen Personaldecke auskommen müssen (weitere Informationen zu dem Gutachten siehe auch Kasten Seite 14 und Rheinisches Ärzteblatt Februar 2001 Seite 10).

Als „Frontalangriff auf die gesundheitliche Versorgung in Nordrhein-Westfalen“ bewertete der Marburger Bund die Streichliste der Kassen. Die auf der Liste aufgeführten Krankenhäuser und Fachabteilungen würden in eine extrem schwierige Lage gebracht, weil sie nunmehr „das Stigma unsicherer Zukunftsaussichten“ trügen. Die Kassen unternähmen offenbar bewusst den Versuch, die betroffenen Häuser in eine Abwärtsspirale hineinzubringen, befürchtet der Klinikärzteverband.

Die Landesregierung müsse unverzüglich „den Spuk der Krankenkassen beenden“ und einen neuen Krankenhausplan veröffentlichen, forderte der Landesvorsitzende des Marburger Bundes, Rudolf Henke MdL. Nach seinen Worten sieht das Krankenhausgesetz diese Veröffentlichung ohnehin alle zwei Jahre vor. Dieser Termin sei bereits verstrichen.

„Kahlschlag auf Kosten der Patienten“

Für die Häuser auf der Streichliste müsse die Landesregierung rasche Planungssicherheit schaffen, verlangte Henke. Eine Dauerdiskussion über zwei oder drei Jahre sei weder den Krankenhäusern noch den Beschäftigten und den Standortkommunen zuzumuten. Henke: „Es ist schlimm, mit welcher Gleichgültigkeit die Kassen Verunsicherung erzeugt haben.“

Auch der Hartmannbund-Landesverband Nordrhein übte scharfe Kritik an den Krankenkassen: „Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass die Krankenkassen nur noch ökonomisch-merkantil ausgerichtet sind und darüber ihren Versorgungsauftrag für die Menschen einfach vergessen, sehen wir jetzt klarer“, sagte die Verbandsvorsitzende Dr. Christiane Friedländer.

Die Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) forderte, dass die Krankenhausplanung nicht nur von finanzwirtschaftlichen Interessen geleitet sein dürfe. Die Kassenpläne würden zu

einem Kahlschlag führen und zielten ausschließlich auf eine simple Kostenersparnis für die Krankenkassen, so die KGNW. Dies könne nicht im Sinne der Patientinnen und Patienten sein, die eine angemessene Versorgung beispielsweise auch bei den Grippewellen in den Wintermonaten sichergestellt wissen wollten.

Bereits nach einer ersten Durchsicht entdeckte der Diözesan-Caritasverband für die Diözese Münster Ungereimtheiten im Beske-Gutachten. So habe sich das zur Schließung vorgeschlagene Laurentius-Stift in Waltrop auf Psychiatrie und Geriatrie spezialisiert. Dies seien unzweifelhaft Bereiche, in denen künftig ein höherer Bedarf an stationärer Versorgung zu erwarten sei.

Gesundheitsministerin Fischer bemühte sich, die Wogen zu glätten: „Jetzt über die Schließung einzelner Krankenhäuser, Fachabteilungen oder den Abbau von Bettenkapazitäten in Nordrhein-Westfalen zu spekulieren, ist voreilig, denn in den nächsten Monaten stehen dazu keine Entscheidungen an. Beschäftigte, Patientinnen und Patienten werden so unnötig verunsichert“, kommentierte sie die Veröffentlichung der westfälischen Streichliste.

Debatte im Landtag

Trotz dieser beschwichtigenden Worte hat die Kontroverse um die Krankenhauspolitik nach der Veröffentlichung des westfälischen Kassengutachtens bereits zweimal den Gesundheitsausschuss des NRW-

Landtages beschäftigt. In der ersten öffentlichen Sondersitzung nannte die Gesundheitsministerin das Vorgehen der westfälischen Kassen „schädlich und falsch“. Trotz dieser klaren Worte sah sie sich Vorwürfen der CDU-Opposition ausgesetzt. Deren Sozialexperte Herman-Josef Arentz sagte, dass die Landesregierung – entgegen den gesetzlichen Vorgaben – den Krankenhausplan nicht rechtzeitig vorgelegt habe.

Bei der zweiten öffentlichen Sondersitzung war der Sitzungssaal der CDU-Fraktion, in dem der Ausschuss tagte, bis zum letzten Platz besetzt. Zahlreiche Zuhörer mussten die Sitzung im Stehen verfolgen. Er habe in seiner Laufbahn im Landtag noch keine öffentliche Ausschusssitzung erlebt, die so viele interessierte Zuhörer in das Parlament gelockt habe, sagte der Arzt und Abgeordnete Rudolf Henke MdL, der die Sitzung leitete.

Gesundheitsministerin Fischer ließ sich von ihrer Staatssekretärin Cornelia Prüfer-Storcks vertreten. Vertreter der Kassenverbände aus Westfalen-Lippe sowie der Ärztekammern Nordrhein und Westfalen-Lippe sowie der KGNW waren als Sachverständige dabei.

Kassenvertreter in der Defensive

Die in Dortmund veröffentlichte Streichliste der westfälisch-lippischen Krankenkassenverbände sei als Vorschlag zu verstehen, erklärte Fred Nadolny, Vorsitzender des Vorstandes der AOK Westfalen-Lippe. Durch die Nennung habe man ein Höchstmaß an Transparenz erreichen wollen. Nach Nadolnys Worten geht es den Krankenkassen darum, die Produktivität der Krankenhäuser zu optimieren. Um dieses Ziel zu erreichen, sei das Gutachten in Auftrag gegeben worden. „Wir müssen Verantwortung bei der Mitgestaltung der Krankenhaushauslandschaft übernehmen“, sagte der AOK-Chef.

Das Kassengutachten basiere auf den gemeinsam mit den Krankenhausträgern und dem Landesge-

Die Gutachten zur Krankenhausplanung im Internet

Die Praxisstudie der beiden NRW-Ärztekammern und der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen ist im Internetangebot der Ärztekammer Nordrhein abzurufen unter www.aekno.de in der Rubrik „KammerIntern/KammerArchiv“. Zum Gutachten der Krankenkassenverbände in Westfalen-Lippe: www.aok.de/wl/presse/tba/pressemitteilung/782712780037292032.html

sundheitsministerium erarbeiteten Planungsgrundsätzen für die Krankenhausplanung, deshalb könne es auf konkrete Aussagen über einen Bettenabbau nicht verzichten, betonte der Vorstandsvorsitzende des BKK-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, Jörg Hoffmann.

„Die Planungssituation ist überhaupt noch nicht reif für die Aussage, wo welches Krankenhausbett wegfallen oder umgewidmet werden sollte“, sagte dagegen Nordrhein's Ärztekammerpräsident Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe. Dieser Meinung schlossen sich Ausschussmitglieder aller Fraktionen an. Sie äußerten ihr Unverständnis darüber, dass die Kassen bereits in der derzeitigen Planungsphase Kliniken und Abteilungen namentlich genannt haben.

Kliniken haben bereits Probleme bei Personalsuche

Die benannten Häuser seien „vom Tod geküsst“, kritisierte CDU-Sozialexperte Hermann-Josef Arentz. Er fragte gleichzeitig, wie lange ein Krankenhaus mit solch einem Ruf den Druck aushalten könne. Die Kassen hätten mit ihrem Vorgehen Patienten, Versicherte und Krankenhauspersonal unnötig verunsichert, stellte auch Michael Otto Scheffler (SPD) fest. Dr. Ingo Flenker, Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, berichtete dem Ausschuss, dass die Kliniken, „über denen das Damoklesschwert der Schließung schwebt“, Probleme hätten, Ärzte und Pflegepersonal für Neueinstellungen zu finden. Für die Landesregierung kritisierte Staatssekretärin Prüfer-Storcks die Nennung als „kontraproduktiv“. Die Kassen hätten sich damit einen „Bären dienst“ erwiesen, sagte sie.

In diesem Zusammenhang sagte Ärztekammerpräsident Hoppe, dass die Bettendichte kein guter Vergleichsparameter sei. Mit der für 2003 geplanten Einführung eines pauschalierten Krankenhausentgeltsystems werde der Wettbe-

werb unter den Kliniken zunehmen und damit der Faktor „Bettenzahl“ nicht mehr im Vordergrund stehen.

Dann werde die Qualität der Behandlung ein „gravierender Faktor“ sein, so Hoppe. Er wies auch darauf hin, dass die Betrachtungsweise des Krankenkassengutachtens bei einzelnen medizinischen Fachgebieten zu unspezifisch sei. So ist die Geriatrie, der eine immer größere Bedeutung zukommt, unter „Innere Medizin“ subsumiert worden. Die gemeinsame Praxisstudie der KGNW und der Ärztekammern Nordrhein und Westfalen-Lippe habe diesen Schwerpunkt berücksichtigt, sagte Hoppe.

Der Präsident der KGNW, Dr. Rudolf Kösters, hob hervor, dass die Praxisstudie im Gegensatz zum Krankenkassengutachten von vornherein ergebnisoffen angelegt wurde und schon deshalb nicht als „Gegengutachten“ zu verstehen sei, wie es Nadolny gesagt hatte. Die Praxisstudie liefere ein „differenziertes Ergebnis“ bis zum Jahr 2005 für die einzelnen medizinischen Fächer.

Das Beske-Gutachten hingegen stelle bis zum Jahr 2003 pauschal einen Minderbedarf fest, bemängelte Kösters. Den ergebnisoffenen Charakter der Praxisstudie von Kammern und KGNW hielten zahlreiche Abgeordnete für den geeigneteren Ansatz zur Bedarfsplanung im Krankenhaussektor.

Eckpunkte bis Ende 2001 angekündigt

Staatssekretärin Prüfer-Storcks vom Landesgesundheitsministerium kündigte vor dem Parlamentsausschuss an, dass bis Ende 2001 die Eckpunkte der Krankenhausrahmenplanung feststehen werden. Das Ministerium werde sich die Ergebnisse des Kassengutachtens nicht zu eigen machen. Allerdings werde das Gutachten der Krankenkassen mit in die Planung einbezogen werden. Dasselbe gelte für die Praxisstudie der Ärztekammern und der Krankenhausgesellschaft. Mit dem Abschluss des Planungsverfahrens rechnete die Staatssekretärin bis 2002, was Planungssicherheit ab dem Jahre 2003 bringen würde.



Als Ausschussvorsitzender begrüßt Rudolf Henke (Mitte) vor der Sitzung des Gesundheitsausschusses im nordrhein-westfälischen Landtag den Präsidenten der Ärztekammer Nordrhein und der Bundesärztekammer, Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe (rechts). Links: Dr. Wolfgang Klitzsch, Geschäftsführer der Ärztekammer Nordrhein.

Foto: Borowski